

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/4, durch die Post und durch Teleporture zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50. pro Woche 20 Pf. Verlagsgesellschaft Nr. 8170.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Inserationsgebühren: Beträge für die einseitige Beilage über deren Raum 20 Pfennige, für Beilage- und Belegungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 218.

Freitag, den 18. September 1903.

14. Jahrgang.

Unser Parteitag.

Dresden, den 17. September 1903.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Saden eröffnet um 9 1/2 Uhr die Sitzung.

Zum

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit

erhält das Wort:

Stadthagen. Redner beruft sich auf seinen ausführlichen Bericht und gibt einige Ergänzungen, die sich auf die Behandlung Deutscher Seelen im Auslande beziehen. — Das das Bromberger Urteil, wie es ein Antrag verlangt, von der Fraktion zur Braubereitung der Klassenliste an den Reichstag gestellt werden wird, ist selbstverständlich. Im übrigen möchte ich vor der großen Lieber-König des Parlamentarismus warnen, die darin liegt, daß manche Genossen annehmen scheinen, wenn die Fraktion einen Antrag stellt, dann werde er auch gleich Gesetz. Selbst wenn ein Antrag Gesetz wird, so wissen Sie ja, daß es noch sehr auf die Ausführung ankommt. Wir werden vor allem in dem neuen Reichstag zu tun haben mit der Beratung der Handelsverträge, mit der Ausdehnung des Arbeiterschutzes und vor allem mit der Sicherung des Koalitionsrechts, das heute so gut wie trocken liegt ist. Insbesondere werden wir den Maximalarbeitstag, den Achtstundentag, energisch zu propagieren haben. Ich bitte Sie aber, die überflüssigen Anträge — einige widersprechen direkt dem sozialdemokratischen Prinzip — abzuhalten. Überflüssig ist sicher der Antrag von Warburg, daß das Verhalten der Fraktion zur Regierung überall und jederzeit dem republikanisch-demokratischen Prinzip unserer Partei entsprechen solle. Oder will man behaupten, daß das bisher nicht der Fall war? Sehr bedauern muß ich den Antrag von Berlin I, der unter anderem Einführung der einjährigen Dienstzeit verlangt. Das widerspricht direkt unserem Programm, wir müssen vielmehr mit aller Energie uns gegen das heutige Militärsystem überhaupt wenden, das von der reaktionären Masse lediglich zur Unterstützung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung anrecht erhalten wird, und für das Milizsystem eintreten. Die weitere Forderung desselben Antrags: Anerkennung des Rechts auf Fortwehr gegen Mißhandlungen ist ganz unverständlich, da dies Recht heute bereits besteht. Die Forderungen des von den Frauen gestellten Antrages sind bereits im vorigen Jahre verhandelt und wir haben nicht das Anrecht dazu, um diese Forderungen zu verhandeln. Der Antrag von Teltow-Beestow, der darauf hinausgeht, das Programm in Gelegenheitsfällen niederzulegen, kann ja als Anregung dienen. Lieber wäre es mir allerdings gewesen, die Genossen hätten die Gesetz-Entwürfe gleich vorgelegt. Je mehr Einzelberatungen Sie aufstellen, desto mehr schwächen Sie die Kraft der Agitation, das Beste ist, Sie erklären sich damit einverstanden, daß wir vor allem den Achtstundentag, das Koalitionsrecht und den Arbeiterschutz propagieren. Vor allem aber hätten Sie sich davor, den Reichstag ein Instrument der bestehenden Klassen ist, daß die Gesetze doch alle zur Unterdrückung der arbeitenden Klassen durchgeführt werden und daß daher die aufläuternde Agitation draußen von Mund zu Mund das wichtigste ist. (Bravo)

Dr. Wischels-Marburg: Unser Antrag, daß das Verhalten der Fraktion den republikanisch-demokratischen Prinzipien zu entsprechen habe, sollte kein Vorwurf gegen die Fraktion sein, sondern bezieht sich auf die Vizepräsidentenfrage. Ich ziehe den Antrag für jetzt zurück. Freilich-Smitzgart: Stadthagen meinte, der Antrag auf Schaffung einer Reichseisenbahngemeinschaft verlange etwas Selbstverständliches. Wenn wirklich Einigkeit in der Fraktion über diese Frage herrsche, so hätte man den Gedanken wohl bisher etwas entschiedener verfolgt. Schon an dem Main er Parteitag aber, als man sich mit den Fragen der Betriebspolitik in größeren Hägen beschäftigte, herrschte in der Frage der Reichsbetriebsgemeinschaft der Eisenbahnen unter

den Genossen keine Einigkeit. Die Frage ist aber doch von größerer Wichtigkeit, als wohl mancher denkt. Mit der wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung des Volkes steigt auch sein Interesse an der Verkehrsentwicklung. Seitdem 1896 die heftig-preussische Eisenbahngemeinschaft geschaffen ist, wird in Süddeutschland, namentlich in Baden und Württemberg, von Seiten der Handelstreibenden und ihrer Vertretung der Nationalliberalen eine kräftige Agitation für den Anschluß auch der süddeutschen Eisenbahnen an die preussisch-heftische Gemeinschaft entfaltet. Unterstützt wird diese Agitation durch die rücksichtslose Konkurrenz, welche diese Gemeinschaft den übrigen süddeutschen Staaten, besonders Württemberg und Baden macht. (Hört: Auch Sachsen!) Um Württemberg herum kommen Verkehrsleitungen bis zu 44 Prozent des kürzesten Weges vor. Dadurch wird eine Menge von Kraft, Geld und Zeit verpulvert. Baden wird durch die Parallel-Linien in der Pfalz und Elsas schwer geschädigt. Diesen Anschluß der süddeutschen Bahnen an das preussische Eisenbahnetz können wir nie empfehlen, schon mit Rücksicht auf die Zusammensetzung des preussischen Landtags. Sehr richtig ist auch, daß die verkehrspolitischen Fragen von derselben Stelle aus geteilt werden, wie die zusammenhängenden und Fortschritte auf der einen, durch Rücksicht auf der anderen Seite direkt illusorisch gemacht werden können. Daher müssen wir unsere Agitation energisch auf Schaffung einer Reichseisenbahngemeinschaft richten, die sich dem Reichstag auch einen großen Einfluß auf die Lebensverhältnisse der Eisenbahnangestellten und die Gestaltung der Tarife sichern würde. Der Gedanke, daß die Eisenbahnen in Reichsbesitz überführt werden, ist heute noch unbrauchbar, da Preußen und auch andere Staaten auf die Einnahmen aus ihren Bahnen direkt angewiesen sind. Wollen wir aber den Anschluß Süddeutschlands an die preussisch-heftische Gemeinschaft verhindern, so können wir das nur durch entschiedene Propagierung der Reichseisenbahngemeinschaft. (Lebhafter Beifall.) Müller-Glanbau begründet den von vielen Orten gestellten Antrag auf Aufruf der Arbeiter-Schutzgesetzgebung, Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die Hausindustrie u. Redner legt u. a. die Nachteile der Betriebsrenten für die Beschäftigten dar. Die Reichstagsfraktion würde die Vereinheitlichung der Krankenversicherungs-Gesetzgebung anstreben. Bei gutem Willen werde sich das Ziel erreichen lassen.

Krohn-Konstanz: Wir waren immer mit der Fraktion einverstanden. Diesmal sind wir es besonders. Die Tätigkeit der Fraktion widerlegt die Klagen einer gewissen Richtung, daß nicht genug politisch gearbeitet werde. Stadthagen habe die meisten Anträge für überflüssig erklärt, aber gerade dieser Punkt der Tagesordnung gebe den Genossen auf dem Lande Gelegenheit zu wertvollen Anregungen. Redner wünscht ein Verbot der Frauenbeschäftigung in Betrieben, wo Dimech verwendet wird.

Leitz-Eberfeld wünscht, daß die Fraktion sofort den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen wiederhole. Bei der Staatsberatung verhielt sich der Reichstagspräsident die Erörterung solcher Fragen. Schon deshalb sei ein besonderer Antrag nötig, dazu kämen gewisse Reden in Offen und Preßlau und die jetzt ausgebrochene unerhörte Nazzia gegen sozialdemokratische Redakteure. Redner tritt weiter dafür ein, daß Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung eck-wirkende Kraft erhalten. Die frühzeitig Bemerkungen oder sich Gemordeten würden sehr hart bestraft für die frühere geringere sozialpolitische Einsicht. Was den Achtstundentag anlangt, so habe schon der Referent das notwendige ausgesprochen. Der Parteitag ist wohl in dieser Frage ganz einmütig. Eine Liebergangsgesetz sei heute nicht mehr notwendig. Die jetzigen ökonomischen Verhältnisse Deutschlands gestatten die sofortige Einführung des Achtstundentages. Schließlich fragt Redner, warum die Fraktion, ihrem Versprechen entgegen, bei der dritten Lesung des Stats die Petition des Schneiderverbandes auf Ausdehnung der Versicherungs-Gesetzgebung auf die Heimarbeit nicht zur Sprache gebracht habe.

Ottlie Baader-Berlin hält die Anträge für Achtstundentag und Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung im Interesse der Arbeiterinnen für sehr dringlich. Daß in 30 Orten die Frauen den Antrag gestellt haben, beweist am besten die Dringlichkeit. Durch das Anschließeln der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate lasse sich die Erreichung der gestellten Ziele jetzt eher erhoffen. Die bürgerlichen Parteien hätten Furcht vor der Sozialdemokratie und diese Furcht mache sie vielleicht unseren Forderungen geneigter. Bisher war freilich nur eine Arbeiterinnenschutz-Gesetzgebung zu merken. Ich bitte die Aut-äge einstimmig anzunehmen.

Katerow-Berlin I: Stadthagen hat unsern Antrag ja sehr bekämpft. Ich bitte Sie auch, ihn abzulehnen, wir werden ihn keine Kräfte nachweisen. Der Antrag stammt von Kagenstein, war ja sehr gut gemeint, aber auch ich war durchaus der Ansicht Stadthagens, daß er dem Programm widerspreche. Wir haben das vollständige Vertrauen zu der Fraktion, daß sie wie bisher entschieden für den Arbeiterschutz eintritt.

Strassenmayer-Essen: Daß Sie unseren Antrag auf Bekämpfung der Burntkrankheit annehmen, halte ich für selbstverständlich. Heute sind im Ruhrrevier 80 Prozent und mehr der Gruben unterrot. Solange der Arbeiter nicht ein Mittel beibringt, das er gesund ist, wird er nicht wieder angestellt. Dabei widersprechen sich die Diagnosen der Ärzte häufig diametral. Die sanitäre Untersuchung der aus dem Auslande kommenden Arbeiter, wie wir sie forderten, hätte die ungenühere Ausdehnung der Suche verhindern können. Jetzt fordern wir als das Mindeste Untersuchungsstationen, wo jeder, der sich zur Arbeit meldet, vorher untersucht wird, ob er wurmkrank ist und zweitens aus unserer Mitte gewählte Grubenbeamte. Ich bitte Sie dringend, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Bering-Hensburg: Es ist ein großer Mißstand, daß uns vielfach im Wahlkampf keine Versammlungs-lokale zur Verfügung stehen. Besonders wir in Schlesien und Pommern haben sehr da unter zu leiden. Der Landrat von Ustar behauptete dem dänischen Kandidaten Andresen gegenüber, er könne sich nicht darum, welche Lokale den Dänen zur Verfügung gestellt würden, aber an demselben Tage veröffentlichte das dänische Blatt von einem Geheimvertrage des Landrats von Ustar an die Gemeindevorsteher, genau darauf zu achten, welche Wirtshäuser den Dänen herzugeben. (Hört, hört!) Eine solche Tätigkeit der Behörden mißte von der Tribüne des Reichstags auf das schärfste gebrandmarkt werden. Das beweist unser Antrag, um dessen Annahme ich Sie bitte.

Ein Schlussantrag wird abgelehnt. Frau Köhler-Dresden: Die Frage des Frauenwahlrechts darf nicht besonders für sich behandelt werden, sie ist nur eine Unter-ableitung der außerordentlich wichtigen Frage der Reformierung des Wahlrechts. Daher bitte ich Sie, den Antrag Frankfurt-Ebus, so gut er gemeint ist, abzulehnen.

Stoppel-Bronberg: Das Bromberger Urteil mangelhaftes sich von dem Obstaner in keiner Weise. Es war ein geradezu ungeheurerlicher Schlag für die davon Betroffenen. Wir hatten den Eindruck, daß das Urteil von vornherein feststand, daß ein abschließendes Beispiel statuiert werden sollte, um der Arbeiterschaft dort zu zeigen, daß die bürgerliche Gesellschaft in jener Gegend noch die Macht habe. Die Bauarbeiter hatten erklärt, sich dem Schiedspruch bedingungslos zu unterwerfen, aber die Arbeitgeber wollten um jeden Preis den Frieden verhindern. Sie lehnten jede Verhandlung, vor dem Einigungs-amte ab. Die größte Aufregung mußte dann unter den Arbeitern die Herbeischaffung von ausländischen Arbeitern unter dem Schutze von Schutzleuten und Militär hervorgerufen. Einem Führer, der die Gefahr übernahm und mit den ausländischen Arbeitern sprechen wollte, wurde das unterstellt. Das ist doch ein ganz unerhörter Einbruch in die selbstverständlichen Rechte der Arbeiter. Ich erwarte, daß die Fraktion mit der größten Entschiedenheit dies ungeheuerliche Urteil im Reichstagsgebrandmarkt wird. (Bravo)

Rausch-Hannover empfiehlt der Fraktion einen Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen, der eine einheitliche Form für die Beschaffenheit der Wahlurnen verlangt.

Ein Kampf ums Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

„Ich möchte wohl zwei passende Vermittler, denen ich es auch gönnen würde“, meinte der wichtige Herr Kreissekretär Wroblewski, „vor allem den ehrenwerten Herrn Kapronski, der sich ja über kurz oder lang wieder hier wird einfinden müssen, und zweitens Herrn Wenzel Pajel, obwohl derselbe fidelem Benehmen nach bereits nächsten Sonntag in Drinfontoe zum Transalpar schreiten soll.“ „Lassen Sie Ihre Witze“, brummte der Kreishauptmann. „Die Sache ist ernst und wir wollen es kurz abmachen, denn ich brauche danach, dem armen Weibe die Nachricht zu bringen. Ich denke, wir bitten also vor allem Herrn Doktor Startowski, der ja den Mann genau kennt und sogar für ihn schwärmt. Als Begleiter wäre ihm natürlich der Herr von Zulawce, Herr Leo Woronzow, beigegeben.“

Alle stimmten zu, und so konnte der Kreishauptmann bereits in der nächsten Minute dem Drange seines Herzens genügen und sich mit der Fremdenbootschaft zu Anstia begeben.

Es war ein schöner, stiller Herbstmorgen in den Bergen. In hellgoldigen Lichte lag das enge, wilde Bergtal, und in tieferem Blau als zur Sommerzeit wölbte sich der Himmel darüber. Hoch droben auf den Gipfeln der Ezerahora blühte bereits, obwohl der September eben erst seinen Einzug gehalten, der weiße, frisch gefallene Schnee, aber im Tale wehten die Lüfte noch lau, und da hier kein Pauswerk durch seine bunten Farben an das laute Ersterben des Sommers mahnte und die Tannen noch in ihrem vollen, tiefgrünen Schmucke standen, so verstand sich der Herbst nur durch die ungewohnte Klarheit der Lüfte und geweitet durch ein Raufchen droben über den Gipfeln der Wanne; die ersten Wanderwögel zogen gen Süden. Sonst lag feierliches Schweigen über dem einsamen Tale, nicht Ang' noch Ohr gewahrten eine Spur des Lebendigen; selbst der Ezerahora, der „wilde Rindler“, wie ihn die Lieber nennen, stößt nun, da der heiße Sommer eben erst zu Ende und die Herbstreg'n noch nicht begonnen, nur lautem Gemurmel in seinem Bette dahin.

Da durchschritt plötzlich ein seltsamer, schriller Ton die Stille. Wenn er ungenohnt war, mochte unwillkürlich empordringen, ob sich nicht eben zu seinen Tönen ein wilder Falsch im blaugoldigen Zerberwiege. Aber diesen Töne folgten andere, immer gedämpfter, immer milder, bis sie sich endlich zu einer ziemlich eintönigen, flügenden Melodie zusammenfügten, die anschwellend und verflügend und wieder sich hebend, wie ein Schlüchzen durch die herbliche Landschaft flang. Man konnte auch ein ungrüßtes Ohr erkennen, daß es eine Hirtenflöte sei, deren Töne das Tal durchklingelten. Nur eine

kurze Weile währte die Melodie, dann ward sie von einem schrillen Tone unterbrochen, der jenen gleich, mit dem sie begonnen. Aber er kam aus anderer Richtung, aus einer anderen Schalmel; der erste Fichte verstummt und der zweite begann nun sein Spiel, welches dem seines Gefährten in jedem Tone wie in der Damer völlig gleich und ebenso endete, als eine dritte Schalmel, diesmal schon aus weiter Ferne, mit demselben gelenden Tone einsetzte und nun die Melodie fortspinnte.

So währte jenes melodische Schlüchzen fort, von Trist zu Trist, von Gebüß zu Gebüß, und die Menschen, die es vernahmen, bekränzten sich und sprachen ein Gebet. Dann aber eilten sie heim, hielten ihr Feiergewand aus der Truhe und rüsteten zum ersten Gange.

Denn also ist die Sitte in den Bergen: ist ein Mensch in einer dieser Einsichtigen zum Sterben gekommen, so verstanden es den anderen ein Ruf aus dem Horne, dem Totengorn, welches dumpf und schauerlich klingt, wie die Klage des ersten Schmerzigen. Zwei Tage später aber laubt das sanfte, milde Klagen der Schalmeln, dem Toten die letzte Ehre zu erweisen.

Diesmal kam der Ruf aus dem größten Gebüß des Talteffels, dem des Geschlechts Rosenfo. Die Leute hatten dem Totengorn erschreckt gelauscht, von der Furcht erfaßt, daß es dem alten Hilarius gelte; bei dem Klage der Schalmel erschrafen sie nicht mehr — sie wußten, daß es nur zum Begräbnis des greisen Fremdlingen rufe, der unter dem schützenden Dache jenes Hofes einer weichen Stierpfahl gefunden. Der alte Familien war verschieden.

An die zehn Tage hatte er mit dem Tode gekämpft, auch in diesem letzten Kampfe tapfer, mannhaft und ergeben. Hilarius, nicht bloß der Richter und Führer, sondern auch der Arzt seines Geschlechts, hatte vergeblich die Wunde tren gewartet und die stinkenden Kräfte durch allerlei Tränke zu stärken gesucht. Und vergeblich war die fast leidenschaftliche Sorgfalt gewesen, mit welcher Tatiana Tag und Nacht den Totwunden bewachte, labte und tröstete. Die arme Diene, die bisher verschüchtert unter den fremden Menschen umhergeschlichen, fand nun die Gelegenheit, sich möglich zu machen und dem Hetman den Dank für ihre Rettung dargubringen.

Jemilian ließ sich all die Pflege und Sorgfalt lassen gefallen. „Ich weiß ja, daß ich sterben muß“, sagte er immer wieder. „Und es ist gut so. Denn ich habe ja nur noch Eins im Leben zu erfüllen, und auch diese Last wird und kann mir Gottes Erbarmung noch vor dem Sterben abnehmen.“

Was dieses Eine sei, das ihn noch an die Erde kette, rüfte vorläufig niemand, selbst Taras nicht, welcher sich in ebelnütigen Betreff mit dem Mädchen von den Totwunden näherte. Nur einmal, da der Hetman, einer harten Pflicht zu genügen, für mehrere Tage schreiben mußte, schickte diesem das Geheimnis über die Lippen treten zu wollen. Es war dies kurz nach der Heimkehr aus Ezerahora.

Taras hatte die Nachricht erhalten, daß der „grüne Giorgi“, durch den Zug von mehreren Schelme aus der aufgelösten Bande verflücht, plötzlich wieder sein Lawesen treibe. Sofort stand ihm der Entschluß fest, die Glenden für immer unschädlich zu machen, und Jemilian bestellte ihn in diesem Vorlas. Als jedoch die kampfgreifste Schar bereits vor dem Hofe harrte und Taras noch einmal an sein Lager trat, Abschied von ihm zu nehmen, wurde der Bewachende plötzlich unruhig und blickte mislich auf das Mädchen Tatiana verstand den Blick und ging hinaus.

„Herr!“ sagte der Kranke, „Du bleibst mehrere Tage aus und ich könnte in der Zwischenzeit sterben, und da möchte ich Dir noch Eines sagen!“

„Ich werde Dich lebend finden“, tröstete Taras, „und so Gott will, stärker, als ich Dich verlassen. Aber wenn es Dir das Herz erleichtert —“

Der alte Mann schüttelte den Kopf. „Nein“, sagte er endlich zögernd, „ich will lieber noch warten, bis ich den Tod demütig am Herzen fühle. Denn wenn ich vielleicht doch durch ein Wunder davonkame und es Dir gelang hätte, das wäre ja entsetzlich! Entsetzlich! ... Nein, geh mit Gott, ich warc noch!“

Taras mußte, während er an der Spitze seiner Schar dahinritt, viel an diese rätselhaften Worte denken. Dann aber nahm sein nächstes Vorhaben seine Gedanken völlig in Anspruch. Es glückte gleichfalls, wenn auch nicht ganz, denn wohl gelang es ihm, die Mauer zu umzingeln, aber der „grüne Giorgi“ war nicht darunter. So mußte sich Taras begnügen, seine Spießgesellen zu rufen. Die beiden Gefährlichsten unter ihnen ließ er erschießen, den anderen allen die Waffen nehmen und die Häupter kahl scheren.

Als Taras wieder den Hof der Rosenfo betrat, fand er den Anst nach am Leben, aber sichtlich seiner letzten Stunde nahe. Gleichwohl begann der Alte nicht wieder von seinem Geheimnis zu sprechen, und Taras mochte ihn nicht darum fragen. Erst als er den Tod wirklich am Herzen fühlte, ersah er nun seine Lippen. Es war um Mitternacht, er hatte lange mit geschlossenen Augen dagelegen, dann aber versuchte er sich plötzlich aufzurichten und starrte dem schüden, bleichen Mädchen, welches an seinem Lager saß, anständig ins Antlitz. „Tatiana“, flüsterte er, „um Gott! Was ist mein Herr? Hole ihn — ich sterbe.“

Sie eilte, den Wunsch zu erfüllen. Taras trat an das Lager des Sterbenden und sagte seine Hand. „Schide das Mädchen fort“, flüsterte dieser. Und erst als Tatiana gegangen war, begann er: „Ich habe Dir ein Geständnis zu machen und ein Versprechen abzugeben. Wäre ein Sterbender kann nicht viel Worte machen. Weißt Du, was Deiner Schließlich doch harrt?“

(Fortsetzung folgt.)

lichen Presse gelobt, daß eine: oft der Adel überkommt. (Lebhafter Beifall.) Daß er dann freilich die Gelobten nicht. Mir kam solches Lob nicht widerfahren. Ich werde nicht gelobt. Doch stans ausnahmsweise, wenn ich einmal auch das Herz des Bürgerstums rühre, wie bei der Kaiserrede. Ich ärgere mich nicht darüber, ich freue mich. Ich will nicht anders haben, so lange ich lebe. (Lebhafter Beifall.) Ich will bis zum letzten Atemzuge ein Feind der bürgerlichen Gesellschaft und der heutigen Staatsordnung sein und sie untergraben und zu beseitigen helfen. (Stürmischer Beifall.) Würde ich aber so gelobt, ich schlage mit Keulen drein. Ich habe keine vor Jahren einmal gefragt, ob er einen bestimmten Artikel des Herrn von Gerlach gelesen habe. Ich sagte ihm, Herr von Gerlach lobte ihn zur Partei hinaus. Seine las die Zeitung und sagte, er werde es Herrn v. Gerlach persönlich sagen, wie er ihm schade. Aber Herr v. Gerlach lobt Seine bis auf den heutigen Tag. Würde das über mich gesagt, ich hätte mich geschüttelt. (Sehr gut.) Volkmar ergeht es in der bürgerlichen Presse ähnlich. Bis zum Ende der 80er Jahre war ich mit Volkmar stets in Einklang. Seitdem sind wir immer weiter auseinander gekommen in unseren Ansichten. Ich will aber hinzufügen, das hat unsere persönliche Achtung nie beeinträchtigt. Unsere Parteipresse sollte nur von dem Verhalten der bürgerlichen Presse uns gegenüber die Leser besser unterrichten. Das belege ich besonders beim „Vorwärts“ und ich werde dafür sorgen, daß es anders wird. Gieseler ist ein vorzüglicher Redakteur und Genosse, den ich sehr hochschätze, aber er hat den Fehler, er ist ein noch so junger Genosse. (Gieseler: Das kann ich nicht ändern, es wird ja aber täglich besser! Heiterkeit.) Das dauert mir aber zu lange, da kann noch viel Schaden geschehen. (Heiterkeit.) Das Ziel der Revisionisten ist Machterweiterung. Es ist hier so wie jenseits der Vogesen. Drüber sagt man, ach wenn wir doch wenigstens einen Geheimrat oder wenigstens einen Minister hätten. Der Kaiser soll über Willstrand eine Handbemerkung gemacht haben: „Ja, wenn wir einen solchen Mann in Deutschland hätten!“ Nun, Volkmar wäre sicher so geeignet, wie Willstrand. (Zuruf Volkmar's.) Ich glaube bloß, Du bist so geschick und tuft es nicht. (Heiterkeit.) (Volkmar: Ich danke!) Ich danke auch. (Große Heiterkeit.) Aber Gieseler ganzes Taktik ist doch das? (Zuruf: Ja.) Bei uns die Entwicklung gehen wird, ich weiß es nicht. Ich glaube aber, es wird nicht biegen, weiter gehen. (Sehr richtig!) Sollte es anders sein, so wird man Revisionisten von uns verlangen. Und selbst in der rational-liberalen Partei sieht man ein, daß sie ein einzelner Minister kompromittiert. Der „Hannoversche Courier“ rief neulich Herrn Willstrand zu: „Partei-genosse, bleib nicht mehr im Ministerium, Du schädigst unsere Partei.“ Selbstverständlich würde man auch von uns Revisionisten verlangen. Den Reichstag müssen wir mit Haut und Haaren beschützen. Wie hier es doch 1898 in der Rede Heines? Kanonen gegen Volksrechte. (Heine: Das werden Sie mir heute wieder vor?) Wer er mehr ich die Regierung mit Willkürbewilligung stärke, um so mehr schwäche ich die Volksvertretung und das Volk. Was haben uns die Revisionisten nicht schon alles empfohlen, was haben sie nicht schon für Fehler gemacht? Volkmar verlangte die Konzentration auf wenige ganz bestimmte Fragen. Die Schwaben und Baderer wollten das Budget. In Frankfurt gab es darüber Krach. Kürz bald damals auf unserer Seite, heute tut es das nicht mehr. (Rufe: Leider!) Die Budgetbewilligung der Süddeutschen ist nicht im geringsten zu rechtfertigen. Die Reichspolitik untersteht sich in nichts von der Staatspolitik. Der ganze Bundesrat hat dem Sozialistengesetz einstimmig zugestimmt, ebenso der Reichshausvorlage, der Umstrukturierung und anderen volkswirtschaftlichen Gesetzen zugestimmt. Ich meine, schon das Gefühl, solche Budgets zu bewilligen, muß bekämpft werden. (Sehr richtig!) Was haben Krach und Schippel in Hamburg über die Artikelvorlage gesagt. Wie hat Schippel unsere Forderung der Miliz verurteilt? In der Fraktion gab es doch fortwährend Differenzen. Daß doch da einer schon gefragt: Glaubst Ihr denn nicht, daß die Dauer des Reichsbudgets abgelehnt werden kann? Das ist doch ein Symptom allerbedenklichster Art. Die Wahlrechtsfrage der Bayern war ein Fehler verhängnisvollster Art. Konnt ein Gesetz nach der angenommenen Resolution, so hat das Zentrum in Bayern auf lange die absolute Mehrheit sicher. Diese Partei hat für sich propagiert gefordert, von unseren Genossen kann ich leider das Gleiche nicht sagen. (Beifall.) Neulich war die Haltung der Bayern in der Reichstagsabstimmung, der Versuch der Schaffung einer süddeutschen Eisenbahngesellschaft. Wenn solche Fehler gemacht werden, Das ist doch kein Zufall, sondern die Folge davon, daß Ihr das Führen und Denken mit der Masse gegen früher verloren habt. (Stürmischer Beifall.) Der Revisionismus ist ja sehr bescheiden, er ist mit dem Geringssten zufrieden. Ich sage aber, je bescheidener wir sind, je weniger wir kämpfen. Schon Marx hat gesagt: Entwickelungsphasen sind nicht zu überspringen, aber abzukürzen. Dessen Grundgesetz halte ich heute noch. Ihr sagt nun, die Massen seien noch nicht reif. Ich was, gerbricht Euch doch nicht die Köpfe der anderen. Was weißt Ihr denn, was für Intelligenzen bei uns sind, wenn wir erst die Macht haben. Welche Arbeit haben unsere Männer in der Zollkommission geleistet, die Wandert, Zubeil, Luttrich. Letzterer hat über eine Reihe chemischer Fragen so sachverständig gesprochen, daß die Regierungsvorleiter W und Wale aufgesperrt haben und gefragt haben: wo hat denn der Herr das alles her? (Große Heiterkeit.) Was weißt Ihr denn, was wir für Geister haben, Ihr ahnt es ja nicht. Jede Zeit, jede Kulturbewegung gehört die Männer, die sie notwendig hat. (Beifall.) auch die Sozialdemokratie wird sie haben, wenn sie sie braucht. Aber immer das Verhängnis, das Diplomaten, das Kompromittieren, das geht nicht weiter. (Beifall.) Alles staatsmännische Geschick soll ja auf Seite der Revisionisten sein, so viel Staatsräsonkunst, daß man sie auf tausend Meter sieht und auf hundert Meter riecht. (Große Heiterkeit.) Aber ich sage Euch: merkt man es, daß einer ein Staatsmann ist, dann ist er es schon nicht mehr. (Sehr gut!) Der Revisionismus bedeutet die Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft, die Ueberbrückung der Kluft zur bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall.) In jeder großen Partei giebt es eine äußerliche Rechte und eine äußerliche Linke, dazwischen liegt der Sumpf. (Heiterkeit.) Das sind die Schlaumeier (ernste Heiterkeit), die Ueberklauen. (Große Heiterkeit.) Solche Leute giebt es auch in unserer Partei. Es ist aber mal nötig, die Schlaumeier zu denutzieren. (Ruf: Ja, denutzieren!) Denn sie sind mit die unangenehmsten. Wann ich einmal zweifle, so frage ich mich, was werden meine Feinde urteilen; das ist für mich das beste Barometer. Die we den aber unsere Revisionisten von den Genossen gelobt und geschätzt. Die „Frankfurter Zeitung“ und die „Hilfe“ des Herrn Kaumann könnte man ja beinahe als Organ der Revisionisten bezeichnen. (Sehr gut.) Herr Kaumann, der vor mir sitzt, hatte ich für keinen Mann mit politischem Weitblick, aber seine Taktik ist sehr geschickt. (Heine ruft: Aber sie hat doch keinen Erfolg.) Ja, meinen Sie denn, daß ich glaube, der Revisionismus könnte Erfolg haben! (Stürmische Heiterkeit.) Aber es schadet unserer Partei und zerstückelt ihre Kräfte. (Sehr richtig!) Wer gehört zu den Revisionisten? Da sind es zunächst die Akademiker, dann die ehemaligen Professore in geborener Lebensstellung. (Beifall.) Natürlich sind auch die Proletarier dabei, das sind die Unwissenden, die blinden Verächter irgend eines Führers. Im großen ganzen haben die Revisionisten aber eine innerliche Linke, die Armees ist verflucht klein. Wir vernichten nichts mehr, wir spielen nicht mehr Komödie. Deshalb sage ich offen, daß es in der Fraktion fortwährend Streit und Meinungen gegeben und weil in der Fraktion die revisionistische Strömung eine Stärkung erfahren hat, müssen wir endlich an den Parteitag, an das Volk appellieren. Er soll jetzt entscheiden und unsere Taktik festlegen. (Beifall.) Ich habe früher schon gesagt: Ich weiß, wir gehen speziell in der Fraktion schweren Kämpfen entgegen, aber ich weiß auch, daß in letzter Instanz, wenn die Partei zu sprechen hat, die Fragen anders entschieden werden, als in der Fraktion, und wir werden uns mehr als bisher an die Partei wenden müssen. (Beifall.)

Wie haben Ihnen von diesem Gesichtspunkt aus die Resolution vorzuschlagen. Wenn Sie glauben, daß die Resolution das ausführt, was ausgesprochen werden muß, dann stimmen Sie ihr mit ungeheurer Mehrheit (Rufe: Zustimmung) zu und ich bin überzeugt, wenn diese Resolution garben ist, daß wir die anderen Maßregeln

ergriffen sind, die notwendig sind, um künftig Klarheit, Wahrheit und Wissen über alle wichtigen Parteifragen zu verbreiten, dann bin ich überzeugt, daß die Partei ihren höchsten Siegeslauf weiter fortsetzt, und daß sie in der glänzendsten Weise ihre historische Mission erfüllen wird. (Stürmischer Minuten anhaltender Beifall.) Um 1/7 Uhr werden die Verhandlungen auf Freitag früh verlagert.

Politische Uebersicht.

Folgende Resolution zur Vizepräsidentenfrage haben die Genossen Bebel, Singer und Rautsky eingebracht:

„Der Parteitag fordert die Fraktion auf, es in der Frage der Befragung der Vizepräsidenten- und Schriftführerposten im Reichstag bei ihrer bisherigen Stellung — Ablehnung aller nicht durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen — zu belassen.“

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und stegerrückte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß anstelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung der Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinabsetzt, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundzügen unseres Programms dazu benutzte, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle auf kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.“

Unfreiwillige Agitation für die Sozialdemokratie

betreibt die Armee-Verwaltung durch ihre periodisch sich wiederholende Warnung vor sozialdemokratischer Agitation im Heere. Der Kriegsminister von Einem hat die bekannte Verordnung gegen das Eindringen der Sozialdemokratie in die Armee dieser Tage erneuert. Verboden wird darin u. a.:

„jede andere erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Antrufe, Gelänge oder ähnliche Kundgebungen, das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften, sowie jede Einwirkung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale. Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kasernen oder anderen Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten.“

Man sollte doch allgemach eingesehen haben, daß diese Verordnung eigentlich überflüssig ist, da sowohl die Sozialdemokratie an sich als auch die Angehörigen der Partei garnicht daran denken, unter der aktiven Armee Propaganda zu betreiben. Die proletarischen Elemente derselben bekommen später schon genug Klassenbewußtsein eingepaukt, man darf freilich auch schon während ihrer Dienstzeit durch übereifrige Vorgesetzte. Solange die Soldatenmishandlungen noch in solchem Umfange vorkommen, ist eine sozialdemokratische Agitation wirklich überflüssig. Die Warnungen vor der Sozialdemokratie durch Erlasse, wie der des Kriegsministers, und gelegentlich der Instruktionen können höchstens indifferenten Soldaten auf die Existenz der Sozialdemokratie aufmerksam machen, und den Wunsch erwecken, diese Partei später einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Wegen Verweigerung der vorschriftsmäßigen Ehrenbezeugungen

wurde zu Zittau in Sachsen ein Arzt, Dr. Werckmeister, von drei Kollegen, die er zu grüßen unterlassen hatte, vor das Ehrengericht gestellt. Da aber der Arztstand bisher weder eine Rangliste, noch ein Militärstrafgesetzbuch besitzt, wurde die Anklage auf den § 2 der ärztlichen Standesordnung für das Königreich Sachsen aufgebaut, wonach „jeder Arzt ein gutes Einverständnis mit seinen Kollegen zu erstreben“ hat. Eine Kritik, die die „Reichenberger Zeitung“ in Böhmen an diesen Vorgang knüpfte, führte zu einer Gerichtsverhandlung vor dem Reichenberger Schwurgericht, die mit einer vollständigen Niederlage des Klägers, des Vorsitzenden jenes Ehrengerichts, endete.

Der Sinn für preussische Schneidigkeit und Disziplin hat zwar schon sächsische Aerzte erfaßt, aber österreichische Gelehrtere haben ihn leider noch nicht ergriffen.

Zimmermann — eine Beleidigung.

Aus Halle berichtet man uns: Ein Nachspiel zur Reichstagswahl brachte eine vor dem Schöffengericht statigehabte Verhandlung gegen den Zimmermann Schaaf aus Böllberg. Sch. hatte am Wahltag im Vorzimmer des Wahllokales Stimmzettel angeboten, welche Tätigkeit ihm von dem Wahlvorsteher untersagt worden war. Vergerlich über das unberechtigte Verbot, entgegnete er dem Wahlvorsteher: „Sie sind auch bloß Zimmermann gewesen.“ Auf Grund dieser Aeußerung verurteilte das Gericht Schaaf wegen Beleidigung zu 5 Mk. Geldstrafe!

Patrioten und Majestätsbeleidigung.

Es ist eine böse Zeit; selbst patentierte Patrioten fühlen sich nicht mehr sicher vor Denunziationen wegen Majestätsbeleidigung. Die in Magdeburg erscheinende „Sachsenschau“, ein patriotisch antisemitisches Blatt, erläßt folgende Warnung:

„Unsere Freunde aber möchten wir erneut bitten, auch im intimsten Kreise jedes Wort über den Hof zu vermeiden und das fernere Verbleiben in einer Gesellschaft nur von der Unterdrückung aller Unterhaltung über den Fürsten abhängig zu machen. Wie oft hat das Schicksal es nicht schon gefügt, daß nachträglich die harmlosesten Bemerkungen der Staatsanwaltschaft denunziert wurden und Männer gegen ihre intimsten Freunde als Feigen auftreten mußten.“

Also hütet die Jungen und schüdt Euch in die Zeit, denn es ist böse Zeit!“

Daß so ausgewachsene Patrioten die Warnung vor den Denunzianten erlassen, ist für den Monarchismus nicht schmeichelhaft.

„Die wählten Reich.“ Aus Düsseldorf wird geschrieben: Bei der Reichstagswahl am 26. Juni hatte der Redakteur der hier erscheinenden Wochenschrift „Düsseldorfer Post“ große Mafat durch die Stadt tragen lassen, auf denen Dachsen, Efel und A m e l e mit der Unterschrift „Die wählte Reich!“ (Kandidat der Zentrumspartei) abgebildet waren. Eine große Anzahl von Zentrumswählern hatte sich durch diese Veranstaltung beleidigt gefühlt und die Staatsanwaltschaft hatte die Klage wegen öffentlicher Beleidigung erhoben. (1) Das Schöffengericht gab jedoch dieser Klage nicht statt, verurteilte dagegen den Angeklagten wegen Verübung „groben Unfugs“ zu 100 Mark Geldstrafe.

Landtagswahl-Post.

Zur Landtagswahl. Ein Erlass des preussischen Ministeriums des Innern enthält dem „Gann. Kur.“ zufolge nähere Erläuterungen zu dem neuen Reglement über die Ausübung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten. Unter Hinweis auf die erheblichen Veränderungen des Formulars für die Urwählerlisten, die hinfür nicht mehr die Einzelbeträge für verschiedene Steuerarten, sondern nur den Gesamtbetrag dieser Steuern enthalten dürfen, werden auf Grund neuerdings aufgetretener Streitfälle Direktiven gegeben. So ist für die Aufnahme eines Wählers in die Liste entscheidend, ob der Wähler zur Zeit der Wahl die im § 8 der Verordnung vom 30. Mai 1849 vorgeschriebenen Erfordernisse der Wahlberechtigung erfüllt. Andererseits darf nach Abschluß der Urwählerliste niemand mehr in diese aufgenommen werden. Für die richtige Führung der Liste bei der Wahl ist der Wahlvorstand verantwortlich. Den Wählern steht eine Ueberwachung der Listenführung nicht zu. Für die Abgeordnetenwahl ist eine Vereinfachung insofern geschaffen, als bei der Eintragung des Abstammungsbemerkens der Gebrauch von Abkürzungen zugelassen wird. Die wesentlichen Vereinfachungen des Stichwahlverfahrens werden jedoch des näheren erläutert. Besonders zu beachten ist, daß auch bei der Wahl der Abgeordneten nur diejenigen beiden Kandidaten zur engeren Wahl gelangen, die bei der ersten Abstimmung für die betreffende Abgeordnetensitze die meisten Stimmen erhalten haben. Die einschneidende Änderung sieht der § 27 des Reglements in der Bestimmung vor, nach der bei der Wahl mehrerer Abgeordneten jeder Wahlmann bei nur einmaligem Vorruf sofort anzugeben hat, wen er an erster, zweiter oder dritter Stelle zum Abgeordneten wählt. Der Minister erwartet, daß die Wähler durch tatkraftvolle, aber auch, wo erforderlich, energischen Gebrauch ihrer Befugnisse einen ordnungsmäßigen Verlauf der Wahlen zu sichern wissen werden. (1)

Ausland.

Die Zurückhaltung der österreichischen Soldaten, angeordnet von der Kriegsverwaltung, hat große Erregung hervorgerufen. In Wien und anderwärts haben große Protestversammlungen stattgefunden; weitere Kundgebungen sind geplant. Im Niederösterreichischen Landtag, wo die Angelegenheit zur Sprache gebracht wurde, verurteilte der Statthalter die Debatte mit dem Hinweis auf die Inkompetenz des Landtags abzuschneiden. Das hinderte den Abgeordneten Seib (Sozialist) nicht, in längerer Rede darzulegen, daß auch diese Maßnahme in letzter Linie aus Rücksicht auf Ungarn, wo das erhöhte Heereskontingent abgelehnt worden ist, erlassen wurde. Auch in den anderen Landtagen wird es zu heftigen Auseinandersetzungen kommen, da namentlich die Bayern über die Maßnahme der Heeresverwaltung sehr aufgebracht sind.

Ueber neue antisemitische Ausschreitungen in Rußland

berichtet der russische „Regierungsbote“ in seinem wöchentlichen Teile folgendes:

Am 11. September entwickelte sich in Hamel, Gouvernement Mohilew, in dem Bazar aus einem Streit zwischen einem Bayern und einem jüdischen Händler eine erbitterte Schlägerei zwischen Juden und Russen. Als die Polizei die Ordnung wieder herstellen wollte, warfen die Juden mit Steinen auf sie, ferner wurde aus ihrer Mitte ein Revolverknüttel abgefeuert, auf den die Polizisten mit Schüssen in die Luft antworteten. Bei der Prügelei wurde ein Jude von einem Juden durch einen Messerstich in den Leib tödlich verletzt; ein Jude, sowie 7 andere Personen trugen leichte Verletzungen davon. Am 14. wiederholten sich die Unruhen. Russische Arbeiter fügten aus Rache für eine ihnen am 11. September zugefügte Kränkung an, im Judenviertel Juden zu zerhauen. Bei dem Zusammenstoß mit den Juden wurden auf beiden Seiten etwa 20 oder mehr Personen verwundet. Als Truppen erschienen, wurden sie von den Juden mit Schüssen empfangen. Infolgedessen machten die Truppen von den Feuerwaffen Gebrauch. Gegen Abend war die Ruhe wieder hergestellt. Nach den Berichten des inwischen in Hamel eingetroffenen Gouverneurs wurden während der Unruhen 5 verwundete Christen und 9 Juden in die Städtspitaler eingeliefert. Getötet sind vier Christen und zwei Juden.

Trotz der Parteinahme des Berichtes gegen die Juden geht aus ihm unzweifelhaft hervor, daß die Unruhen am 11. September von russischer Seite provoziert worden sind.

Arbeiterbewegung.

Streit in den Fränkischen Schuhfabriken zu Nürnberg. Am Mittwoch Morgen legten bei der Firma „Berühmte Fränkische Schuhfabriken“ etwa 130 Zwicker wegen Lohnreduktion die Arbeit nieder. Die Löhne der Arbeiter sind in den letzten Jahren wiederholt herabgesetzt worden und es ist daher nur verständlich, wenn die Arbeiter diesem Vergehen endlich ein Ziel setzen.

Schon jetzt

empfehle ich es sich für unsere Freunde, denen an der Ausbreitung volksfreundlicher Anschauungen in immer weiteren Kreisen liegt, im Hinblick auf den bevorstehenden Quartalswechsel, unter ihren Bekannten neue Anhänger der „Volkswacht“ zu werben. Die kommenden Landtagswahlen und die gesamte politische Lage machen für jeden denkenden Menschen die Lesüre einer Zeitung erwünscht und notwendig, die vermöge ihrer jahrzehntelang erprobten Unabhängigkeit alle zeitbewegenden Fragen in wahrhaft unabhängiger, auf der Höhe moderner Anschauungen stehenden Sinne erörtert und dabei „stets den Nagel auf den Kopf trifft“. Im Augenblick treffen auch unsere Abonnenten „den Nagel auf den Kopf“, wenn sie sich an unsere Expedition wenden um Ueberlassung von Probeexemplaren behufs Weitergabe an Gleichgesinnte oder an solche, die es zu werden verdienen. Auch für die Ausgabe von Adressen solcher Personen, die eine hergärtende Zeitungslesüre zu würdigen wissen, wird die „Volkswacht“ ihren getreuen Lesern dankbar sein. —

